Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zustellung durch Träger und in allen Filialen erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18600. Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.35 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 22. Februar 1928 — Nummer 45

Keine Unterwerfung!

Die Unternehmer hinter dem Schiedsspruch — Weitere Maßregelungen angedroht
Die Aussperrung nur verschoben, um die Arbeiter zur Kapitulation zu zwingen

Berlin, den 22. Februar.

Im Streik der mitteldeutschen Metallarbeiter hat der Reichsarbeitsminister die Schiedssprüche vom 18. Februar dieses Jahres im „öffentlichen Interesse" für verbindlich erklärt.

In einer Erklärung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller wird zwar „betont", daß die Schiedssprüche im Streik der mitteldeutschen Metallindustrie „gegen den Willen beider Parteien" im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt worden seien, gleichzeitig aber wird betont, daß die Arbeitgeberschaft ihre juristischen Konsequenzen ziehen und — so weit das technisch möglich ist — Maßregelungen nicht erfolgen sollen. Dieser Hinweis auf die „technische Möglichkeit" ist nichts anderes als eine freche Drohung mit Maßregelungen. Im Grunde genommen sind aber die Unternehmer, und das nicht mit Unrecht, so zufrieden mit dem Schiedsspruch, daß sie eine zweite Drohung folgen lassen. In der Erklärung heißt es weiter: Da in der Mehrheit von Gewerkschaftsseite und in der Arbeitnehmerpresse zum Ausdruck gekommen ist, daß möglicherweise der Kampf durch die Verbindlichkeitserklärung noch nicht beendet wurde und damit zu rechnen ist, daß im mitteldeutschen Streikgebiet die Arbeit nicht oder nicht im vollen Umfange wieder aufgenommen wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, den Aussperrungstermin nur zu verschieben, und zwar bis Mittwoch den 29. Februar.

Diese offenen Drohungen müssen der im Kampf befindlichen Arbeiterschaft zeigen, daß ein Zurückweichen vor dem unternehmerfreundlichen Schiedsspruch einer Kapitulation bedeutet, die verhängnisvolle Auswirkungen nicht nur für die Metall-, sondern für die gesamte Arbeiterschaft, die sich im Kampf um bessere Existenzbedingungen befindet, haben muß. Die Metall- und Hüttenarbeiter stehen vor einer Entscheidung von großer Tragweite ..... Mögen sie sich dessen bewußt sein!

DMV-Funktionäre fordern Kampf gegen die Verbindlichkeitserklärung

Solingen, 22. Febr. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern fand eine stark besuchte Versammlung der Funktionäre des DMV Solingen, die 13 000 organisierte Metallarbeiter vertreten, statt. Die Versammlung nahm zum mitteldeutschen Kampf, zur Generalaussperrung und Verbindlichkeitserklärung des Hungerschiedsspruches Stellung. Aus der Versammlung heraus wurde der Vorschlag gemacht, sofort ein Telegramm an die Bezirksleitung des DMV Halle zu richten, um die Solidarität mit den Arbeitern im mitteldeutschen Kampf gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch zum Ausdruck zu bringen. Das Telegramm lautet:

„Bezirksleitung DMV Halle (Saale). 200 Solinger Verbandsfunktionäre erwarten Weiterführung und Verschärfung des Kampfes als Antwort auf Verbindlichkeitserklärung, keine Kapitulation.

Ortsverwaltung Solingen."

In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es:

Unter keinen Umständen darf die Metallarbeiterschaft sich dem Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers beugen und sich durch das Schlichtungswesen das Streik- und Koalitionsrecht rauben lassen. **Die Verbindlichkeitserklärung muß mit der Verschärfung des Kampfes beantwortet werden.** Die Versammlung erwartet deshalb, daß der Verbandsvorstand sofort nach der Verbindlichkeitserklärung mit den übrigen Gewerkschaften und dem ADGB einen verstärkten Kampf gegen die Hungerschiedssprüche und die Generalaussperrung organisiert. Die erste Abwehrmaßnahme ist die Stillegung der lebenswichtigen Betriebe im mitteldeutschen Streikgebiet, die Herstellung eines Kampfbündnisses mit den entscheidenden Industriegruppen.

Weiterstreiken kann nicht verhindert werden!

Wie die Hallenser Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt, läßt sich eine Voraussage über die Konsequenzen der Verbindlichkeitserklärung der beiden Schiedssprüche noch nicht machen, da erst der Bericht der nach Berlin entsandten Delegierten abgewartet werden müsse. Gegenüber der Erklärung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Verbindlichkeitserklärung weist der Deutsche Metallarbeiterverband darauf hin, daß die Frage noch durchaus umstritten sei, ob die Nichtwiederaufnahme der Arbeit als rechtswidrige Fortsetzung des Kampfes zu betrachten sei, da das Arbeitsverhältnis durch die Aussperrung unterbrochen sei und den Arbeitern ihre Papiere zugestellt worden seien.

Weiterkämpfen!

Verbindlichkeitserklärung des Metall-Schiedsspruches.

Es ist so gekommen, wie wir vorausgesagt haben: der Hungerschiedsspruch — denn die Lohnerhöhung entspricht nicht im entferntesten der dauernd wachsenden Teuerung — ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Der Metallarbeiterverband und die kämpfende Arbeiterschaft stehen jetzt eindeutig vor der Frage: Kapitulation vor der im Dienste der Unternehmer arbeitenden staatlichen Schlichtungsmaschine oder Fortsetzung des Kampfes trotz Verbindlichkeitserklärung.

In der Abendausgabe vom 20. 2. bringt der Vorwärts, ohne in seinem Kommentar davon abzurücken, folgende Meldung aus Halle:

„Die Entrüstung ist auch in den gemäßigten Kreisen der Metallarbeiterschaft so groß, daß hier die entschiedenste Neigung besteht, auch im Falle einer Verbindlichkeitserklärung den Kampf fortzusetzen."

Der Vorwärts gibt also zu, daß der Kampfwille der mitteldeutschen Metallarbeiter so groß ist, daß sie bereit sind, auch gegen die zugunsten der Unternehmer eingreifende Staatsgewalt weiterzukämpfen. **Diese vom Vorwärts gestern gemachte Feststellung wird die Reformisten aber heute nicht hindern, den Arbeitern die Kapitulation vor der Verbindlichkeitserklärung des Schandschiedsspruches zu empfehlen.**

Daß dem so ist, zeigt bereits die Abendausgabe des Vorwärts vom Dienstag. In seiner Stellungnahme zur Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches macht der Vorwärts äußerst interessante Ausführungen über die Möglichkeit, auch gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch den Kampf weiterzuführen. Er rechnete am Dienstag nachmittag nämlich noch mit der Möglichkeit, daß die Unternehmerorganisationen den Kampf auch gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch fortsetzen könnten. Da sagt er, daß die Spitzenorganisationen der Unternehmer, in diesem Falle der Gesamtverband der Metallindustriellen, die Aussperrung trotz der Verbindlichkeitserklärung durchführen können, ohne von der Justiz haftpflichtig gemacht werden zu können, und zwar deshalb, weil ja nicht der Gesamtverband der Metallindustriellen, also die Spitzenorganisation, die vertragschließende Partei sei, sondern die mitteldeutsche Bezirksorganisation der Metallindustriellen. Außerdem stehe fest, daß Sympathiestreiks oder Sympathieaussperrungen nach der Rechtsprechung zulässig seien, auch wenn ein verbindlich erklärter Schiedsspruch vorliegt.

Für jeden klassenbewußten Arbeiter ergibt sich daraus, daß dann doch nichts einfacher ist, als daß nunmehr nach der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches der Hauptvorstand des DMV bzw. der Bundesvorstand des ADGB die Führung des Kampfes zu übernehmen haben und weitere Arbeitergruppen in wirtschaftlich entscheidenden Industrien zum Sympathiestreik aufzurufen haben. Nach den eigenen Ausführungen des Vorwärts könnte auf diese Weise der Kampf gegen den Schandschiedsspruch weitergeführt werden, ohne daß die Klassenjustiz etwas dagegen machen könnte.

Was aber sagt der Vorwärts? **Er zieht diese Schlußfolgerung aus seinen eigenen Ausführungen für den gegenwärtigen Kampf nicht.** Er droht lediglich dunkel an, daß die Gewerkschaften sicher auch noch einmal diese Folgerung ziehen würden. Was die Rechtsprechung den Unternehmern gestattet, müsse auch den Gewerkschaften recht sein. Aber dann, sagt er, daß diesmal der Kampf gegen das Unternehmertum nicht in erster Linie auf gewerkschaftlichem Gebiete ausgetragen werden könne, sondern bei den bevorstehenden Reichstagswahlen. Der Sinn dieser Ausführungen des Vorwärts ist nichts anderes als die Verkündigung der Kapitulation vor der Verbindlichkeitserklärung und die Vertröstung der Arbeiter auf die Reichstagswahlen.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Befürchtungen des Vorwärts, daß die Unternehmer trotz der Verbindlichkeitserklärung die Gesamtaussperrung durchführen werden, nicht eingetroffen ist. Die Unternehmer haben den Termin der Aussperrung um acht Tage verschoben. Sie wollen, wie sie sagen, abwarten, was die mitteldeutschen Metallarbeiter nach der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches tun. Hiermit ist ganz klar, daß der Schiedsspruch das Diktat des Unternehmertums ist, und daß seine formelle Ablehnung durch die Unternehmer nur ein Manöver war. Die Metallindustriellen verlangen jetzt von den Gewerkschaften die Kapitulation vor der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch ihren Staat, durch ihre Schlichtungsmaschine.

Jetzt stehen die Gewerkschaften vor der Entscheidung, ob sie sich dem Diktat der Kapitalisten unterwerfen wollen oder nicht. Daß dabei die Möglichkeit des Eingreifens der Klassenjustiz keine Hemmung für die Weiterführung des Kampfes sein kann, hat der Vorwärts, wie wir gesehen haben, selbst bewiesen. Noch

Für den Kampf- und Wahlfonds der Partei!

Parteigenossen!

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate stehen im Zeichen der verstärkten Zuspitzung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe! Der Bürgerblock will seine Herrschaft zur offenen Diktatur steigern, die Sozialdemokratie aber hofft, die wachsende Rebellion der werktätigen Massen für ihre Koalitionspolitik ausnutzen zu können.

Parteigenossen!

Bedenkt, um was es geht!

Die Tageskämpfe gegen kapitalistische Ausplünderung und Unterdrückung stehen für alle Werktätigen enger als je im Zusammenhang mit den Wahlkämpfen für Reichstag, Landesparlamente und Kommunal-Vertretungen.

Wir als Kommunisten müssen in allen Tageskämpfen stärker als je unsere revolutionären Ziele in den Vordergrund stellen. Im zehnten Jahre der bürgerlichen Republik, des wiedererstarkenden Imperialismus und Militarismus, gilt es, die Millionenmassen der Werktätigen für den Kampf gegen die kapitalistische Ordnung, für die Verteidigung der Sowjetunion, für die proletarische Diktatur zu mobilisieren.

Wie in den Tageskämpfen stehen wir auch in den Wahlkämpfen als einzige Vertretung und Vorkämpfer der Interessen der Werktätigen der vereinten Front der Bürgerblock- und Koalitionspolitiker gegenüber!

Parteigenossen!

Die Wahlen der letzten Zeit, insbesondere die Wahlen in Hamburg, haben gezeigt, daß immer mehr Arbeiter erkennen, daß nur die Kommunistische Partei die Arbeiterinteressen vertritt und den Kampf für den Sozialismus führt. Wollen wir die Erfolge noch steigern, so heißt es, jetzt gründlich rüsten und alle Vorbereitungen treffen.

Wir wenden uns darum an euch, für unsere revolutionäre Agitation und Propaganda mit derselben Opferwilligkeit und Arbeitsfreudigkeit wie bei der Sammlung „Partei in Not" und für den „Kampffonds für Fürstenenteignung"

einen Kampf- und Wahlfonds

zu schaffen.

Jeder in Arbeit stehende Genosse muß für 2 Mk. Wahlfonds-Marken kleben.

Jeder Parteigenosse muß mit aller Kraft zur Stärkung der Kampffähigkeit der Partei beitragen.

Die Sympathien der breiten Massen für unsere Partei und ihre Ziele müssen ausgenutzt werden zur Stärkung des Wahlfonds.

Sammelt auf Wahllisten und vertreibt Kampf- und Wahlfondsmarken unter den Sympathisierenden!

Sammeln heißt werben für die Partei und ihre Losungen!

Alle Parteigenossen an die Arbeit!

Rüstet zum verschärften Kampf!

Gegen Bürgerblock und Koalitionspolitik!

Gegen Trustherrschaft und kapitalistische Diktatur!

Gegen Arbeitsgemeinschaftspolitik und Wirtschaftsdemokratie!

Werbt!

Für den Kampfblock der Werktätigen in Stadt und Land!

Für Durchsetzung der proletarischen Tagesforderungen!

Für den Sturz der Bourgeoisie!

Für Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung!

Berlin, Februar 1928.

Zentralkomitee der Komm. Partei Deutschlands.
Sektion der KI.

An alle Ortsgruppen und Zellen

Der Reichstag, so will es Hindenburg, soll mit Hilfe der Sozialdemokratie die verliegenden reaktionären Gesetzentwürfe verabschieden. Durch die Nichtauflösung des Reichstages werden die im Rundschreiben vom 18. Februar 1928 enthaltenen Anweisungen in bezug auf die Mitgliedertreffen in den Unterbezirken und den Bezirksparteitag hinfällig.

In einem besonderen Rundschreiben wird demnächst u. a. mitgeteilt werden, daß die Mitgliedertreffen in den Unterbezirken (außer Dresden) Sonntag den 11. März 1928, die Unterbezirkskonferenz für Groß-Dresden Sonnabend den 24. März 1928 und der Bezirksparteitag Sonntag den 1. April 1928 in Dresden stattfinden.

Die Zellen und Ortsgruppen im Unterbezirk Dresden wählen auf je 25 Mitglieder einen Delegierten zur Unterbezirks-Konferenz. Ortsgruppen und Zellen unter 25 Mitgliedern entsenden einen Delegierten.

Die Vorarbeiten für diese Parteiveranstaltungen sind von allen Parteileitungen sofort in Angriff zu nehmen.

Bezirksleitung Ostsachsen
Sekretariat.